



---

/// Dokumentation

**Gemeinderätliche Enquete „Kommunale Sicherheit“, 31.10.2014**

/// Auftraggeberin

**Stadtmagistrat Innsbruck**

---

**Innsbruck, 12. November 2014**

**/// Kontakt**

soda /// Kommunikation / Architektur / Graphik  
Mag.<sup>a</sup> Krista Sommer

---

Dreiheiligenstraße 21  
A-6020 Innsbruck

---

mobil +43.676.9228381

---

[info@soda-studio.eu](mailto:info@soda-studio.eu)  
[www.soda-studio.eu](http://www.soda-studio.eu)

# /// Dokumentation gemeinderätliche Enquete „Kommunale Sicherheit“

## Die Tagungsunterlagen finden Sie zum Download:

<https://www.innsbruck.gv.at/page.cfm?vpath=buergerrinnen--politik/gemeinderat/gemeinderatliche-enqueten>

## Sämtliche Vorträge können Sie hier nachhören:

<http://cba.fro.at/tag/kommunale-sicherheit>

Nach jedem Vortrag fand ein Dialog zwischen Referierenden und Teilnehmenden statt.

## Die wichtigsten Diskussionspunkte finden Sie hier zusammengefasst:

Moderation: soda /// Mag.<sup>a</sup> Krista Sommer / Assistenz: Mag.<sup>a</sup> Birgit Seebacher

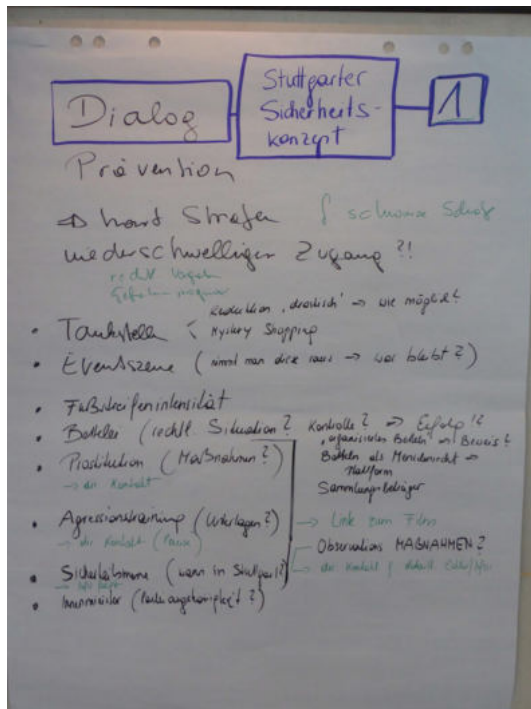
### 09.00 Uhr Begrüßung & Einführung – Worum geht es?

- Begrüßung Bürgermeisterin **Mag.<sup>a</sup> Christine Oppitz-Plörer**

### 09.10 Uhr Schutz öffentlicher Raum\_Vorstellung des Stuttgarter Sicherheitskonzeptes für den öffentlichen Raum

- **Sebastian Braun**, Polizeioberkommissar/Polizeipräsidium Stuttgart
- **Gunter Schmidt**, Leiter der Stabsstelle Kommunale Kriminalprävention/Referat Recht, Sicherheit und Ordnung der Stadt Stuttgart

### Diskussion



### Themen, die nach den Vorträgen angesprochen wurden und zu Fragen angeregt haben:

- Stuttgart setzt stark auf Prävention → am Anfang steht immer der Dialog
- Wenn Prävention nicht greift → harte Strafen für schwarze Schafe
- Niederschwelliger Zugang → rechtliche Vorgaben wie sonst in Deutschland, Gefahrenprognose durch Erfahrung
- Tankstellen zum „Vorglühen“ → Reduktion drastisch → wie ist das möglich → kein Alkohol an Tankstellen führt dazu, dass Jugendliche weniger in diesen öffentlichen Bereichen „vorglühen“ → Mystery Shopping
- Eventszene → nimmt man diese raus → was bleibt?
- Fußstreifenintensität

- Bettler rechtliche Situation? Kontrolle? → Erfolg!? Stadtpolizei ist zuständig  
„Organisiertes Betteln“ → Beweis?
- Betteln als Menschenrecht → Nur aggressives Betteln, Kinder beim Betteln dabei haben, ist nicht erlaubt
- SammlungsbetrügerInnen → Sammeln für Organisationen und Vereine, die es nicht gibt...Film im SWR
- Observationsmaßnahmen? → die Vortragenden stehen für Fragen persönlich zur Verfügung
- Prostitution (Maßnahmen?) → die Vortragenden stehen für Fragen persönlich zur Verfügung
- Anti-Aggressionstraining (Unterlagen?) → die Vortragenden stehen für Fragen persönlich zur Verfügung
- Sicherheitsmesse (wann in Stuttgart?) → keine Information möglich
- Innenminister in Deutschland gehört welcher Partei an → SPD

### Fazit

Präventionsarbeit steht am Anfang eines erfolgreichen Sicherheitskonzeptes. Ständiges lernen der Verwaltung, Polizei freien Trägern, Kirchen, Sozialorganisationen usw. sind Bedingung für eine positive Entwicklung. Durch die hohe Finanzkraft der Stadt Stuttgart kann die Präventionsarbeit ständig verbessert und ausgebaut werden.

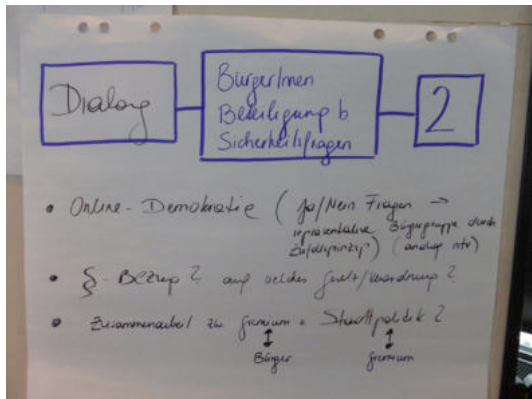
Wenn Prävention und Dialog nicht mehr greifen, werden harte Strafen verhängt.

Eventszene → die Anstiege waren nicht mehr erträglich, deshalb wurden die Präventionsmaßnahmen besonders in diesem Bereich gesetzt. (Link: <http://www.dji.de/index.php?id=42948>)

### 10.25 Uhr BürgerInnenbeteiligung bei Sicherheitsfragen

- **Leopold Wittmann**, Vorsitzender des Schwlechter Sicherheitsbeirates und zuständiger Stadtrat für das Ressort „Bauwesen und Verkehrswesen (mit Ausnahme des öffentlichen Verkehrs)“

### Diskussion



### Themen, die nach den Vorträgen angesprochen wurden und zu Fragen angeregt haben:

- Online Demokratie: Stadtpanel § 6, 10% aller BürgerInnen werden im Internet befragt.
- Hauptsächlich „Ja / Nein Fragen“ → repräsentative BürgerInnenengruppe durch Zufallsprinzip (analog ntv)
- § Bezug bei den Unterlagen → auf welches Gesetz / Verordnung verweisen die Paragraphen? → Verordnung über sämtliche Belange BürgerInnenbeteiligung der Stadtgemeinde Schwachat
- Wie gut ist die Zusammenarbeit zwischen
 

Gremium	Stadtpolitik
↕	↕
BürgerInnen	Gremium

 ? → Funktioniert sehr gut

Blaulichtorganisationen sollen zukünftig integriert werden.

Die Ergebnisse werden von der Politik sehr ernst genommen.

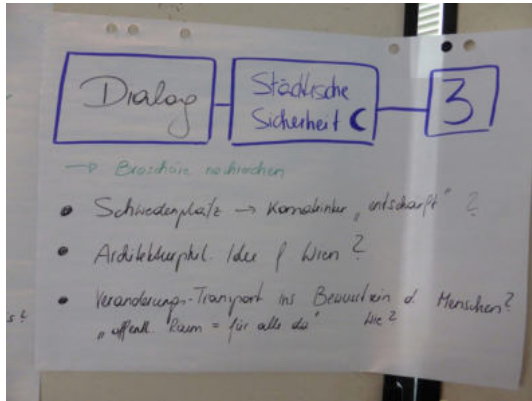
### Fazit

BürgerInnenbeteiligung ist für die Sicherheit einer Stadt bereichernd und wichtig. Wenn alle Betroffenen (Politik, Verwaltung, Blaulichtorganisationen, BürgerInnen) zusammenarbeiten können die Ergebnisse gut umgesetzt werden, was zu erhöhter Lebensqualität und Sicherheit führt.

### 11.15 Uhr Städtische Sicherheit bei Nacht

— **Dipl.-Ing. Udo W. Häberlin**, Stadt Wien

#### Diskussion



#### Themen, die nach den Vorträgen angesprochen wurden und zu Fragen angeregt haben:

- Broschüren dazu können von der Website der Stadt Wien heruntergeladen werden oder bei DI Häberlin angefragt (E-Mail: [udo.haeberlin@wien.gv.at](mailto:udo.haeberlin@wien.gv.at))
- Schwedenplatz → Komatrinker entschärft durch interdisziplinäre Zusammenarbeit. Kriminalität gibt es noch.
- Gibt es eine architekturphilosophische Idee für Wien?
- Veränderungs-Transport ins Bewusstsein des Menschen? → „öffentlicher Raum ist für alle da“ → Wie?

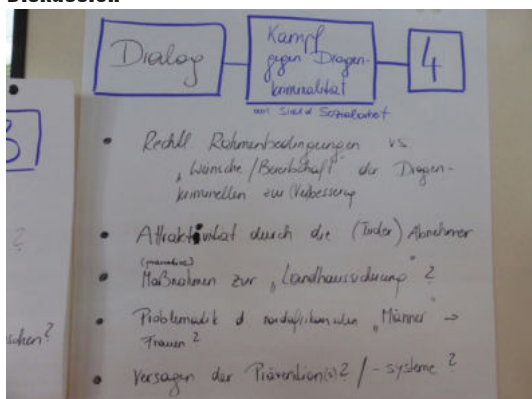
### Fazit

Stadtplanung kann per se und isoliert keine Probleme alleine lösen. Eine interdisziplinäre Zusammenarbeit (Planung, Verwaltung, Blaulichtorganisationen, Sozialarbeit, ...) ist wichtig, um funktionierende Lösungen zu finden. Der öffentliche Raum und dessen NutzerInnen ändern sich ständig. Sozialraumanalysen werden der Planung vorangestellt und als Aufgabe/Auflage in die Ausschreibungen und Wettbewerbe integriert. Die Veränderung in der Zusammensetzung der BewohnerInnen – inhomogene Bevölkerungsstrukturen – können sehr positiv sein und das soll auch stark kommuniziert werden. Dadurch kann ein sozialer Konsens geschaffen werden und öffentliche Räume werden qualitativ, sinnvoll und möglichst sicher nutzbar.

### 13.15 Uhr Bekämpfung der Drogenkriminalität (Prävention)

- **13:15 Uhr „Bekämpfung der Drogenkriminalität/Prävention“**
- **DSA Christof Gstrein**, Suchtkoordinator im Amt der Tiroler Landesregierung

#### Diskussion



### **Themen, die nach den Vorträgen angesprochen wurden und zu Fragen angeregt haben:**

- \_ Rechtliche Rahmenbedingungen vs. „Wünsche / Bereitschaft“ der Drogenkriminellen zur Verbesserung
- \_ Attraktivität durch die Tiroler AbnehmerInnen
- \_ (präventive) Maßnahmen zur „Landhaussicherung“?
- \_ Problematik der nordafrikanischen Männer → Frauen? Gibt es kaum in der Öffentlichkeit
- \_ Versagen der Prävention(s)? / -systeme

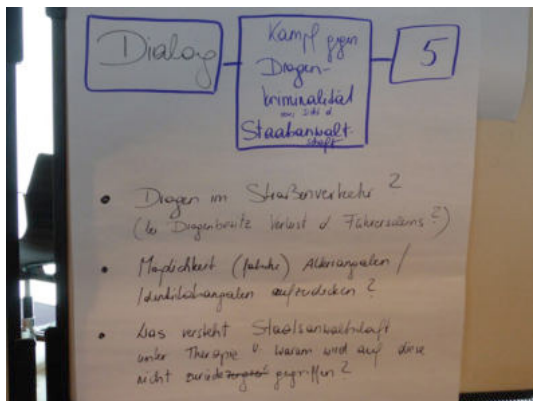
### **Fazit**

Die Problematik ist nicht wegzudiskutieren: DrogenhändlerInnen sind da – auch viele aus Nordafrika. Die AbnehmerInnen sind hauptsächlich aus Tirol. Solange die Nachfrage da ist, wird das Angebot folgen. Um mehr Sicherheit zu schaffen ist es wichtig Arbeit, eine Struktur und Möglichkeiten des Rückzuges anzubieten, die sie dabei unterstützen aus dem Metier auszusteigen. Gespräche zur Überwachung und Kontrolle durch die Polizei sind wichtig, aber nicht Aufgabe der Sozialarbeit. Die Sozialarbeit unterstützt beim Ausstieg und bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Für die Strafverfolgung und den Strafvollzug sind Polizei und Staatsanwaltschaft zuständig.

### **14:00 Uhr „Bekämpfung der Drogenkriminalität aus der Sicht der Strafverfolgungsbehörde“**

- \_ **Mag. Thomas Willam**, Staatsanwalt

### **Diskussion**



### **Themen, die nach den Vorträgen angesprochen wurden und zu Fragen angeregt haben:**

- \_ Drogen im Straßenverkehr: bei Drogenbesitz → Verlust des Führerscheins? In Österreich nur wenn keine Fahrtüchtigkeit besteht. Außer wenn die Schmuggelgrenze überschritten wurde.
- \_ Möglichkeit (falsche) Altersangaben / Identitätsangaben aufzudecken?
- \_ Was versteht die Staatsanwaltschaft unter Therapie? Warum wird auf diese nicht zurückgegriffen?

### **Fazit**

Therapie steht vor Strafe, besonders im niederschweligen Bereich: vor allem bei geringen Mengen (Eigenbedarf). Das Recht ist für alle gleich und nicht biegsam: Strafmündigkeit gilt ab 14 Jahren. Die wahre Identität und das Alter von TäterInnen sind oft schwer festzustellen. Wenn diese festgestellt ist, müssen die Länder ein Rückreisezertifikat ausstellen. Aber die Heimatländer erteilen die Auskunft oft nicht, da sie StraftäterInnen nicht aufnehmen möchten. Das erschwert oft die Abschiebung von ausländischen StraftäterInnen. Nachfrage bestimmt das Angebot. Die Nachfrage ist meist von TirolerInnen, das Angebot häufig durch NordafrikanerInnen. Wenn es keine Nachfrage mehr gäbe, gäbe es kein Angebot.

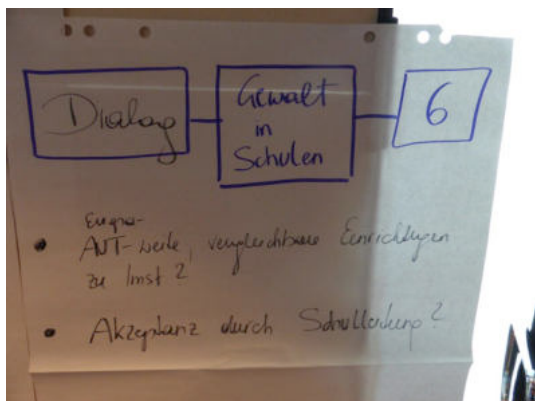
### **15.00 Uhr Gewalt in Schulen\_ Gewalt in Schulen/Prävention, etc.**

- \_ **Abteilungsinspektor Horst Lehner**, Landeskriminalamt Tirol

15.250 Uhr Gewalt in Schulen\_ Gewalt in Schulen/Prävention, etc.

— DSA Thomas Schatz, Sozialarbeiter SchuSo - Schulsozialarbeit Tirol

### Diskussion



### **Themen, die nach den Vorträgen angesprochen wurden und zu Fragen angeregt haben:**

- Europa- / Österreicheite vergleichbare Einrichtungen? Zu Imst?
- Akzeptanz durch Schulleitung?

### **Fazit**

Schulsozialarbeit wird sehr gut von den Schulleitungen angenommen und unterstützen diese. Je früher Kinder und Jugendliche lernen mit Gewalt umzugehen und diese zu vermeiden, umso weniger werden sie diese als Erwachsene anwenden.

15.50 Uhr Zusammenfassung

16.00 Uhr Ende



/// Impressionen gemeinderätliche Enquete „Kommunale Sicherheit“

